

# BACKBORD

Zeitung der Fraktion DIE LINKE  
in der Hamburgischen Bürgerschaft

Herbst 2017

**MILLIARDENGRAB  
HSH NORDBANK  
SEITE 7**

## Die zerrissene Stadt

Wie die Politik des rot-grünen  
Senats unsere Stadt spaltet.  
Und was wir dagegen tun können

**REICH GEGEN ARM: NEUE STUDIE ERSCHIENEN**

**SEITE 3**

**G20: KEINE AUFKLÄRUNG IN SICHT**

**SEITE 4**

**DAS MÄRCHEN VOM WOHNUNGSBAUWUNDER**

**SEITE 5**



Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,

seit zweieinhalb Jahren regiert Rot-Grün in Hamburg. Bei ihrem Amtsantritt versprachen SPD und Grüne, den Zusammenhalt der Stadt stärken zu wollen. Doch erreicht haben sie das genaue Gegenteil. Unversöhnlich stehen sich die gesellschaftlichen und politischen Lager in unserer Stadt gegenüber. Vor allem die beiden Großprojekte Olympia und G20 haben die Menschen in der Stadt gegeneinander aufgebracht. Sie haben das Klima in der Stadt nachhaltig vergiftet. Der Senat hat dabei keine einigende Rolle gespielt, sondern die Stimmung noch kräftig angeheizt. Menschen, die dem kritisch gegenüberstanden, wurden ausgegrenzt und diffamiert. Auch die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich in der rot-grünen Regierungszeit vertieft. In der Schulpolitik, auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesundheitspolitik spaltet die Politik des Senats die Leute in Privilegierte und Abgehängte, in Gewinner und Verlierer. Nennenswerte Anstrengungen, daran etwas zu ändern, hat es unter Rot-Grün bislang nicht gegeben. Im Gegenteil: Angebote für Obdachlose, Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, Bürgerhäuser und Beratungsstellen leiden unter der Sparpolitik. Dabei brummt die Wirtschaft, die Steuereinnahmen sprudeln. Die Mittel wären eigentlich da, etwas zu tun. Wir meinen: Hamburg muss umsteuern! Von großwahnigen Projekten sollte Rot-Grün künftig die Finger lassen und sich wieder den Problemen und Sorgen der normalen Menschen zuwenden. Von denen haben sich die Regierenden nämlich ganz schön weit entfernt.

**Sabine Boeddinghaus und Cansu Özdemir**

(Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft)

## Diagnose: Privatisierung

**Der Verkauf von Hamburgs größtem Pflegeheimbetreiber "Pflegen und Wohnen" an einen US-Investor zeigt: Die Privatisierung im Gesundheitswesen schlägt auch unter Rot-Grün voll durch**

Die genaue Summe ist natürlich geheim. Niemand weiß, wie viel Geld der US-Investor Oaktree ausgegeben hat, als er kürzlich die Hamburger Pflegeheimkette "Pflegen und Wohnen" übernahm. Klar ist nur: Was immer der Investor bezahlt hat, irgendwann will er es wiederhaben. Und noch eine fette Rendite obendrauf. Denn Oaktree ist eine Firma von der Art, die gemeinhin als "Heuschrecken" bezeichnet werden. In welchem Bereich die Unternehmen, die ausgeschlachtet werden sollen, ihr Geld verdienen, spielt dabei ganz offensichtlich keine Rolle. Oaktree kauft Kinos, Speiseeis-Hersteller, Reedereien. Oder eben Pflegeheime. Die Übernahme von "Pflegen und Wohnen" durch Oak-



Renditehung und eine gute Pflege: Das passt einfach nicht zusammen

tree zeigt: Hamburgs Alte und Kranke sind jetzt endgültig zu Renditeobjekten für Finanzhaie geworden – eine Entwicklung, die sich lange abgezeichnet hat. Schon unter Bürgermeister Ole von Beust (CDU) wurden die Weichen dafür gestellt, wurden nicht nur die Pflegeheime privatisiert (damals fielen sie zunächst an den Investor „Vitanas“), sondern auch die Krankenhäuser – obwohl sich in einem Volksentscheid mehr als 75 Prozent dagegen ausgesprochen hatten. Die Folgen sind verheerend: Der Renditedruck schadet den Angestellten, deren Arbeitsbedingungen sich verschlechtern haben, den Kranken, die nun schlechter versorgt werden, und der Stadtkasse, weil sich der CDU-Senat beim Verkauf des Gesundheitswesens offenbar gründlich hat über den Tisch ziehen lassen. Doch auch Rot-Grün tut nichts gegen diese Entwicklung. Bestrebungen, ähnlich wie bei den Energienetzen auch das Gesundheitswesen wieder in die öffentliche Hand zu bekommen, haben SPD und Grüne eine Absage erteilt, entsprechende Anträge der LINKEN wurden abgelehnt. Dabei gibt es zur Rekommunalisierung eigentlich keine vernünftige



**Deniz Celik, gesundheitspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE:**

» Menschen dürfen keine Renditeobjekte sein. Die Privatisierungspolitik muss nicht nur gestoppt, sie muss umgekehrt werden. «

Alternative. Denn nur so können hochwertige Pflege und gute Arbeitsbedingungen sichergestellt und Spekulation mit den Grundstücken unterbunden werden. In Berlin und im Saarland kämpfen die Pflegekräfte inzwischen mit Streiks für einen „Tarifvertrag Entlastung“, der eine bessere Pflegepersonalbemessung vereinbart. Vielleicht kommt ja einmal der Tag, an dem Oaktree es bereut, "Pflegen und Wohnen" gekauft zu haben.

**Das schlägt DIE LINKE vor: Krankenhäuser und Pflegeheime rekommunalisieren, solidarische Gesundheitsversicherung einführen, Heimaufsicht stärken, gesetzliche Personalbemessung einführen**

## Reich gegen Arm

**Trotz voller Kassen setzt Hamburgs Senat bei Einrichtungen für Kinder und Jugendliche, Beratungsstellen, Bürgerhäusern und Angeboten für Obdachlose weiterhin den Rotstift an. Dabei ist die soziale Infrastruktur für Hamburg wichtiger denn je**

Rekord-Steuereinnahmen, Überschüsse in der Stadtkasse und gute wirtschaftliche Prognosen: Hamburgs Finanzen geht es gut. Dennoch nimmt die soziale Spaltung Hamburg zu. Nirgendwo in Deutschland ist die Altersarmut höher als in Hamburg. Der Anteil derjenigen, die im Alter Grundsicherung beziehen müssen, hat sich in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt, ebenso die Zahl derjenigen, die über 65 Jahre alt sind und trotzdem noch arbeiten gehen müssen. Auch die Zahl der in Armut lebenden Kinder ist unverändert hoch: Je nach Statistik lebt jedes vierte oder



Zwei neue Broschüren der Linksfraktion Hamburg setzen sich mit Armut und Sozialer Spaltung in der Stadt auseinander. Beide gibt es auch online unter [linksfraktion-hamburg.de/themen/veroeffentlichungen](http://linksfraktion-hamburg.de/themen/veroeffentlichungen)

jedes fünfte Hamburger Kind unter der Armutsgrenze. Doch der Senat tut nichts, um das Problem anzugehen. "Das politische Establishment des Stadtstaates ignoriert die bestehenden gesellschaftlichen Defizite", schreiben Joachim Bischoff und Bernhard Müller in ihrer aktuellen Studie "Soziale Ungleichheit im Wohlstand. Reichtum und Armut in Hamburg." Von der LINKEN vorgeschlagene



**Cansu Özdemir, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE:**

» Die wachsende Armut ist nicht nur eine Schande für eine so reiche Stadt wie Hamburg. Auf lange Sicht gefährdet sie die Demokratie. «

Sofortprogramme gegen Armut wurden in der Bürgerschaft von allen anderen Fraktionen abgelehnt, eigene Initiativen von SPD und Grünen gibt es nicht. Im Gegenteil: Noch immer benutzt der Senat die Einrichtungen der sozialen Infrastruktur – wo versucht wird, die Härten der sozialen Spaltung abzumildern – als Sparschwein. Zum Beispiel die Öffene Kinder- und Jugendarbeit. Sie ist genauso wichtig wie die kostenlose Nutzung von Kindergärten – denen es aber ebenso an Personal fehlt: Nirgendwo in Westdeutschland ist der Betreuungsschlüssel zwischen Kindern und Erzieher\_innen – so ungünstig wie in Hamburg. Als die Fraktion DIE LINKE im vergangenen Jahr zwei Mal Betroffene zu öffentlichen Anhörungen einlud, war der Saal jeweils voll. Einrichtungen berichteten von einem Alltag unter Sparzwang. „Bei uns arbeiten sehr gute Leute. Aber ich muss hoffen, dass meine Mitarbeiterinnen schwanger werden oder kündigen, damit

ich mit meinem gedeckelten Haushalt auskomme“, erzählte der Vertreter eines Strafenkinderprojekts. Die Vertreterin der Bürgerhäuser berichtete, dass ihre Mittel über die letzten Jahre real um 20 Prozent weniger geworden sind, weil überall die Preise steigen – aber nicht die Finanzierung durch die Stadt. Wenn der Senat nicht Sofortmaßnahmen ergreift, wird die Altersarmut in den nächsten Jahren weiter massiv steigen und zu einem enormen Problem nicht nur für immer mehr Einzelne, sondern für die ganze Gesellschaft werden. Ein erster Schritt gegen die Altersarmut wäre ein Landesmindestlohn von mindestens 13 Euro. Denn nur eine vernünftige Bezahlung im Job führt später zu einer ausreichenden Altersversorgung.

**Das schlägt DIE LINKE vor: Millionärssteuer, auskömmliche Finanzierung der sozialen Infrastruktur, Aktionsprogramm gegen Kinderarmut**

## Urlaub auf dem Arbeitsamt

**Jedes Jahr im Juli, wenn Kinder und Eltern in die Ferien fahren, müssen sich Hunderte Lehrer\_innen in Hamburg arbeitslos melden. Sie werden entlassen, damit die Behörde Geld sparen kann**

Etwa 1.500 befristete Lehrkräfte arbeiten an den staatlichen Schulen Hamburgs, etwa die Hälfte davon in Vollzeit. Bei den meisten laufen die Verträge zum Schuljahresende aus. Beginnt dann das neue Schuljahr wieder, werden sie erneut eingestellt. Seit Jahren müssen diese Lehrer\_innen sich stets aufs Neue sechs Wochen lang arbeitslos melden, damit sie in den Sommerfe-

rien nicht ganz ohne Einkommen dastehen. Hintergrund dieser Praxis ist die Sparlogik der Behörden. Wenn die Lehrkräfte in den sechs Sommerferienwochen Arbeitslosengeld oder



**Sabine Boeddinghaus, schulpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE:**

» Die Kluft zwischen Stadtteilschule und Gymnasium ist unter Rot-Grün noch größer geworden. Wir bleiben bei unserer Forderung: Eine Schule für alle! «

Hartz IV bekommen, spart die Schulbehörde die Gehälter ein. Dass letztlich so oder so die Allgemeinheit die Lehrkräfte bezahlt, ob sie nun Gehalt kriegen oder Arbeitslosengeld, spielt für die Behörde keine Rolle. Hauptsache, sie schonen ihren Etat. Für die Lehrer\_innen hingegen ist diese Praxis eine absolute Zumutung. Sie be-

deutet, dass sie meist keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben, denn sie waren ja kein volles Jahr durchgängig beschäftigt. Die alljährlichen Brüche in der Erwerbsbiographie wirken sich negativ auf die späteren Altersbezüge aus. Viele Lehrkräfte scheuen den Weg zum Arbeitsamt ganz – zum einen wegen der vielen Bürokratie, aber nicht zuletzt auch aus Scham. Dann müssen sie aus eigenen Rücklagen für ihr Leben aufkommen.

Etwa 1,7 Millionen Euro sparte die Schulbehörde im vergangenen Jahr durch die Sommerarbeitslosigkeit ein. Doch unterm Strich

sind die Kosten für die Allgemeinheit deutlich höher. Denn zusätzlich zum Arbeitslosengeld muss ja auch noch die Bürokratie in den Arbeitsämtern bezahlt werden.

Hartz IV statt Gehalt: Wie die Behörde mit den befristet angestellten Lehrkräften umgeht, zeigt exemplarisch, wie Schulpolitik in Hamburg läuft. Trotz voller Kassen herrscht vor allem bei Grund- und Stadtteilschulen Mangelwirtschaft. Für 80 Prozent der Vertretungslehrer\_innen an Hamburgs Schulen liegt keine nachgewiesene pädagogische Unterrichtsqualifikation vor. Gleichzeitig wird die Kluft zwischen Gymnasien und Stadtteilschulen immer größer. Weil die Stadtteilschulen immer mehr sich selbst überlassen werden und den Löwenanteil der Probleme an Hamburgs Schulen allein stemmen müssen, melden immer mehr Eltern ihre Kinder auf Gymnasien an.

Kein Wunder, dass sich in den letzten Jahren gleich mehrere Volksinitiativen gegen die Missstände an Hamburgs Schulen gegründet haben. Erfolgreich war die Initiative "Guter Ganzttag", die in zähen Verhandlungen mit dem Senat deutliche Verbesserungen bei der Nachmittagsbetreuung erkämpfen konnte. Ebenfalls erfolgreich war die Initiative "Gute Inklusion", die für Verbesserungen bei der Integration von Kindern mit besonderem Förderbedarf kämpft. In der Hälfte der vorgesehenen Zeit gelang es ihr insgesamt 24.357 Unterschriften zu sammeln, mehr als doppelt so viele wie nötig.

**Das schlägt DIE LINKE vor: Stadtteilschulen fördern und mittelfristig mit den Gymnasien verschmelzen. Schulpflicht abschaffen, Abschlüsse verbieten**



## Das war der Gipfel

**Bürgermeister Olaf Scholz und Innensenator Andy Grote versagten erst bei der Organisation des G20-Gipfels. Nun versagen sie auch bei der Aufklärung**

Ausnahmezustand, Hubschraubergeknatter, geplünderte Geschäfte, rauchende Trümmer: Es sind diese Erinnerungen, die vom G20-Gipfel in Hamburg hängen bleiben. DIE LINKE hatte vor dem Gipfel in Hamburgs City gewarnt. Es war klar, dass auch zehntausende Sicherheitskräfte inmitten einer Großstadt nicht

für Sicherheit sorgen können. Bürgermeister Olaf Scholz und Innensenator Andy Grote aber hatten alle Einwände beiseite gewischt und die Gipfel-Planung eiskalt durchgezogen. Mehr noch: Sie gaben Sicherheitsgarantien ab und spielten das Risiko herunter, indem sie G20 unter anderem mit dem Hafengeburtstag verglichen. Klar, dass

sie nun an der Aufklärung der G20-Fehler kein Interesse haben. Doch nicht nur die SPD stemmt sich gegen die Wahrheitsfindung. Auch die Grünen, die als Koalitionspartner nichts gegen den Gipfel-Wahnsinn unternommen hatten, die CDU, deren Kanzlerin auf Bundesebene ebenfalls für das Sicherheitskonzept verantwortlich war, und auch die FDP, die den Gipfel freudig begrüßt hat-

te. Mit allen Mitteln versuchen sie zu verhindern, dass an die Öffentlichkeit kommt, was an die Öffentlichkeit gehört: Was hat SPD und CDU geritten, den Gipfel nach Hamburg zu holen? Warum ist die Polizei gegen friedliche Demonstrationen vorgegangen, war aber gleichzeitig nicht in der Lage, Teile von St.Pauli, Altona und Eimsbüttel zu schützen? Wie konnte es dazu kommen, dass die Polizei sich über gültige Gerichtsentscheide hinwegsetzte? Dass Presseleuten rechtswidrig die Gipfelakkreditierung entzogen wurde? Dass es in der Gefangenensammelstelle in Harburg zu Rechtsbrüchen kam? Nun gibt es keinen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, sondern nur einen Sonderausschuss mit eingeschränkten Aufklärungsrechten.



Als Parlamentarische Beobachter\_innen waren Abgeordnete der LINKEN bei fast allen G20-Demonstrationen dabei

**Christiane Schneider, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE:**

» Nicht nur die gewaltsamen Ausschreitungen, auch das Vorgehen von Behörden, Politik und Polizei muss aufgearbeitet werden. Alles muss auf den Tisch. «

Zwar darf auch der Akten anfordern. Doch wie mühsam die Aufklärungsarbeit im Sonderausschuss sein wird, merken die Abgeordneten sogleich, als sie die ersten Ordner aufschlugen: Große Teile der Inhalte waren geschwärzt.

**Das schlägt DIE LINKE vor: Parlamentarischen Untersuchungsausschuss einsetzen, Fehler auf allen Seiten schonungslos aufklären**



## Das Tor zum Tod in der Welt

**Produktion, Forschung, Transporte: Der rot-grüne Senat lässt der Rüstungsindustrie in Hamburg weiterhin freie Hand**

nen Munition durch den Hamburger Hafen exportiert: Durchschnittlich 28 Tonnen pro Tag! Deutschland ist

zentern Lürssen Group übernommen worden. Einwände vonseiten der SPD oder der Grünen gegen den Rüstungsdeal? Keine. Dabei haben wir Vorschläge für eine Friedensstadt Hamburg formuliert: Stopp aller Waffenexporte, Zivilklauseln an den Hochschulen, faire

Arbeitsplätze im zivilen Bereich fördern. Der Schiffbau könnte durch eine kluge Transportpolitik gesichert werden – wenn der politische Wille dazu bestünde. Doch dieser Aufgabe werden weder die Bundesregierung noch der Hamburger Senat gerecht.

**Das schlägt DIE LINKE vor: Hafen für Rüstungsexporte sperren, Zivilklausel für Hamburgs Hochschulen**

Über den Hamburger Hafen werden auch Waffen und Rüstungsgüter exportiert. Die Koalitionspartner wollen sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass deutsche Rüstungsexporte in Krisenregionen verringert werden. So steht es im rot-grünen Koalitionsvertrag für Hamburg. Tatsächlich aber muss sich die Rüstungsindustrie in Hamburg keine Sorgen machen. Allein in den ersten fünf Monaten dieses Jahres wurden 4.240,48 Ton-

nen noch immer einer der größten Waffenexporteure der Welt, geliefert wird weiterhin auch an Diktaturen wie Saudi-Arabien und in die Türkei. Die Bundesregierung plant sogar, die Ausgaben für Militär und Rüstung auf etwa 70 Milliarden Euro im Jahr fast zu verdoppeln. Auch in Hamburg wird weiter aufgerüstet. Kürzlich wurde bekannt, dass bei Blohm+Voss fünf neue Kriegsschiffe – Korvetten des Typs K130 – gebaut werden. Die Werft war zuvor vom Rüstungskon-

Handelsbeziehungen und soziale Gerechtigkeit. Die Ablösung der NATO durch eine gemeinsame internationale Sicherheitsarchitektur. Denn nur Dialog auf Augenhöhe, nicht jedoch Krieg und Gewalt kann Konflikte nachhaltig lösen. Die Verantwortlichen in der Politik müssen Rahmenbedingungen schaffen, die ausreichend



Umfragen zeigen: Die große Mehrheit der Deutschen fordert einen Stopp aller Waffenexporte

## Das Märchen vom Wohnungsbauwunder

**Tausende neue Wohnungen fertiggestellt, zehntausende Baugenehmigungen erteilt: Seit Jahren feiert sich der Senat für seine Wohnungsbau-Politik. Zu Unrecht, denn Menschen mit wenig Einkommen hilft das kaum**

Es werden wieder mehr Wohnungen gebaut in Hamburg – gut! Doch es sind immer noch viel zu wenige, um den Bedarf zu decken. Ein Beispiel: Alleine in den Jahren 2014 und

2015 ist Hamburg um 41.000 Menschen gewachsen. Bei der durchschnittlichen Haushaltsgröße von 1,8 Personen wären für sie knapp 22.800 Wohnungen nötig gewesen. Real sind unter Berücksichtigung der fast 1.100 abgerissenen Wohnungen im gleichen Zeitraum aber nur rund 14.400 zusätzliche Wohnungen auf den Markt gekommen. Wenig Angebot und viel Nachfrage führen zu höheren Mieten. Von 2011 bis 2015 sind die Mieten laut ortsüblicher Vergleichsmiete alle zwei Jahre um rund sechs Prozent gestiegen, die Einkommen hinken da weit hinterher. Und im November 2017 steht der neue Mietenspiegel an! Durch das Wohnungsbauprogramm des Senats wird der Mietenspiegel noch verschärft. Denn es sind vor allem teure Wohnungen, die auf den

Markt kommen und den Mietenspiegel dadurch in die Höhe treiben. 2014 und 2015 betrug der Anteil der im 1. Förderweg errichteten (Sozial-) Wohnungen gerade mal 28,7 bzw. 25,2 Prozent – drei Viertel waren teure, frei finanzierte oder noch unerschwinglichere Eigentumswohnungen. Diese Verteilung geht nicht nur völlig am Senatsmärchen vom so genannten "Drittelmix" vorbei. Sie ist auch nicht angemessen für eine Stadt, in der rund 40 Prozent der Haushalte so wenig Einkommen haben, dass sie eine Wohnung des 1. Förderweges beanspruchen könnten. Die Fraktion DIE LINKE hat vor diesem Hintergrund immer wieder gefordert, dass der Anteil der öffentlich geförderten und somit günstigen Wohnungen beim Neubau mindestens 50 Prozent betragen muss. Nicht nur 15 Jah-



**Heike Sudmann, wohnungsbaupolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE:**

» Hamburg braucht viel mehr Wohnungen, die sich auch Menschen mit wenig Einkommen leisten können. «

re lang, sondern auf Dauer sollen diese Wohnungen eine Sozialbindung haben. Für alle anderen Wohnungen muss es eine echte Mietpreisbremse geben.

**Das schlägt DIE LINKE vor: Sozialwohnungsbaquote auf 50 Prozent erhöhen, wirksame Mietpreisbremse einführen, Sozialbindungsfristen verlängern!**



Wer etwas für bezahlbaren Wohnraum tun will, muss sich mit den Miethaien anlegen

## Aus NOlympia nichts gelernt

**Auch nach der gescheiterten Olympia-Bewerbung setzt der Senat auf Groß-Events anstatt auf Breitensport**

Jetzt soll es also die Fußball-EM 2024 werden. Der Stolz stand Sportsenator Andy Grote kürzlich im Gesicht, als er verkündete, dass Hamburg als eine der Bewerberstädte ausgewählt wurde. Bei der Gelegenheit betonte er den „tadellosen Ruf“, den Hamburg bei der Ausrichtung „spektakulärer Sportveranstaltungen“ habe. Tadelloser Ruf? Spektakuläre Sportver-

anstaltung in Hamburg? War da nicht was? Genau: Am 29.11.2015 votierten genau 51,6 Prozent der Hamburgerinnen und Hamburger gegen die Bewerbung für die Olympischen Spiele 2024. Es war eine Absage gegen den Kommerzialisierungs-Wahnsinn im Sport, gegen Korruption und Geldmacherei von Sponsor\_innen und Funktionärsverbänden. Wie recht die Kritikerinnen

und Kritiker hatten, zeigte die anschließende Entwicklung. Außer Los Angeles und Paris sprangen auch alle anderen Bewerberstädte für Olympia 2024 ab. Denn sie wissen genau, dass sie für die 14 Tage Ruhm – so wie jetzt wieder Rio de Janeiro – jahrzehntelang auf den Folgekosten sitzenbleiben müssen. Das wird nach der EM zwar nicht so sein. Denn dafür muss anders als

**Memet Yildiz, sportpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE:**

» Statt in den Rachen von IOC oder UEFA und ihrer Sponsor\_innen sollte Hamburg das Geld lieber in die Sportinfrastruktur stecken. Denn Sport ist mehr als Goldmedaillen und Pokale. «

Hamburg ja auch auf St. Pauli und beim HSV zurecht. Doch auch die Teilnahme an diesem Event ist fragwürdig, wie Recherchen der ARD zeigen. Demnach muss Hamburg ähnlich wie bei Olympia auch bei der Fußball-EM Garantien abgeben, die einer Freien und Hansestadt eigentlich unwürdig sind: So muss die Stadt auch bei der EM Steuerfreiheit garantieren und die Rechte der Großsponsor\_innen gegenüber der lokalen Konkurrenz in besonderem Maße schützen. Außerdem müssen die Bewerberstädte

rund um die Stadien Demonstrationsverbote erlassen. Was passiert, wenn man das nicht mitmachen will, zeigt das Beispiel Bremen: Nachdem sich die dortigen Verantwortlichen geweigert hatten, alle Bedingungen zu akzeptieren, wurde das Weserstadion kurzerhand aus der Liste der EM-Stadien gekickt.

**Das schlägt DIE LINKE vor: Vereins- und Breitensport fördern, Transparenz und Bürgerbeteiligung bei großen Sportevents**



Gewonnen! NOlympia-Aktivist\_innen bejubeln den Erfolg beim Referendum



Stephan Jersch, tourismuspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE:

» Wir brauchen einen Tourismus, von dem alle etwas haben: Reisende und Einheimische. «

## Der Schmerz von St. Pauli

**Hamburgs Tourismus wächst immer weiter - doch der Boom geht an den meisten Menschen vorbei. Anstatt auf mehr Nachhaltigkeit setzt die Politik auf blindes Wachstum**

immer mehr Ablehnung. Denn es sind vor allem Groß-Events, mit denen die

Tourismus-Werbeagenturen Auswärtige in die Hansestadt locken. Harley-Days, Alstervergnügen, Hafengeburtstag, Sportveranstaltungen, Musicals. Regelmäßig vermelden die Tourism

ein so lukratives Geschäft entwickelt, dass manche Mietwohnungen komplett in kommerziell genutzte Ferienwohnungen umgewandelt werden. Das ist zwar verboten, doch die Behörden schauen weg. Dass es soweit gekommen ist, liegt auch daran, dass die Verantwortlichen in Hamburg Tourismus in

erster Linie als gutes Geschäft definieren und die Entwicklungen größtenteils dem Markt überlassen. Schon vor längerer Zeit wurde der Fremdenverkehr outgesourct an halböffentliche oder öffentliche Betriebe und entzieht sich seither weitgehend der politischen Kontrolle. Die Interessen der Menschen in der Stadt stören da nur. Zum Beispiel wenn sie sich gegen die Umweltbelastung durch immer mehr Billigflieger am Stadtflughafen



Tourismusmagnet Hamburg: Die Zahl der Gäste steigt, die Unzufriedenheit auch

Hamburg wehren oder einen besseren Lärmschutz in der Nacht fordern. Noch hat Hamburg die Chance, Entwicklungen wie in Barcelona zu vermeiden, wo es inzwischen Proteste gegen Tourismus gibt.

**Das schlägt DIE LINKE vor: Nachhaltiges Tourismuskonzept, konsequentes Vorgehen gegen illegale Vermietung und Zweckentfremdung**

Wir wollen Hamburg zum Vorreiter für nachhaltigen Tourismus machen. Hamburg wird bei der Durchführung von Großveranstaltungen die Belange des Klima- und Ressourcenschutzes sowie die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner berücksichtigen.“ So verspricht es der rot-grüne Koalitionsvertrag. Doch die Realität sieht ganz anders aus. Die aktuelle Entwicklung des Tourismus in Hamburg und der damit verbundene Umbau der Stadt stoßen in der Bevölkerung auf

mus-Manager\_innen neue Besucherrekorde. Im ersten Halbjahr 2017 stieg die Zahl der Übernachtungen erneut um fünf Prozent auf fast 6,5 Millionen. Doch immer mehr Hamburgerinnen und Hamburger zahlen die Rechnung: Teure Mieten, verknappter Wohnraum und Umweltschäden sind die Folgen. Besondere Probleme macht der Boom von Übernachtungsbörsen wie Airbnb. Die waren ursprünglich als Idee entwickelt worden, private Quartiere für Reisende zu vermitteln. Inzwischen hat sich daraus

## Arbeit allein reicht nicht

**Die Arbeitslosigkeit sinkt, doch die Arbeitsbedingungen werden immer schlechter. Wir brauchen einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt**

Lange war die Arbeitslosigkeit in Hamburg nicht mehr so niedrig. Nur noch 7 Prozent beträgt die Quote – ein lange nicht erreichter Wert. Alles gut also auf dem

Arbeitsmarkt? Nein! Denn die Statistik wird schönerechnet. Kranke Erwerbslose werden ebenso rausgestrichen wie diejenigen, die einen Ein-Euro-Job haben oder an Weiterbildungen teilnehmen. Auch werden Erwerbslose, die älter als 58 Jahre alt sind, aus der Statistik entfernt. In Wahrheit ist die Arbeitslosigkeit deutlich höher: Statt der knapp 70.000 offiziell gemeldeten Arbeitslosen gibt es eher an die 100.000. Besonders die Langzeitarbeitslosigkeit bleibt ein ungelöstes Problem. Etwa 20.000 Langzeitarbeitslose gibt es in Hamburg. Für sie hatte der Senat eigentlich 1.000 sozialversicherungspflichtige, öffentlich geförderte Arbeitsplätze versprochen. Doch bislang ist nichts passiert. DIE LINKE ist sehr dafür, einen solchen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt

zu schaffen. Auch die Zahl derjenigen, die Arbeit haben und trotzdem arm sind, steigt. Etwa 35.000 Menschen in

Carola Ensslen, arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE:

» Arbeit ist ein soziales Menschenrecht. Auch in Hamburg müssen wir die Menschen in gute Arbeit bringen. Das ist gut für die Betroffenen und die Gesellschaft. «

Hamburg stocken ihr Erwerbseinkommen mit Hartz IV auf. Insbesondere im Handel, und in der Kfz-Branche wird aufgestockt, außerdem im Gastgewerbe und bei Reinigungsdiensten. Besonders betroffen sind Frauen. Für die Arbeitgeber wirkt das Aufstocken wie eine Art versteckte Lohnsubvention. Was sie nicht zu zahlen bereit sind, übernimmt der Staat. Eine zentrale Forderung ist daher die deutliche Anhebung des Mindestlohns. Er reicht bisher oft nicht aus, um die teuren Mieten und den Lebensstandard unabhän-



gig von Sozialleistungen finanzieren zu können. Ein höherer Mindestlohn ist gleichzeitig die beste Versicherung gegen drohende Altersarmut. Zumindest für städtische Unternehmen und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge kann auch Hamburg landesweit eigene Maßstäbe setzen.

**Das schlägt DIE LINKE vor: Sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV, Einrichtung eines öffentlich geförderten Arbeitsmarkts**



Schwer schuften und trotzdem zum Arbeitsamt müssen? Das darf nicht sein, meint DIE LINKE

## Milliardengrab HSH: Der Minus-Rekord

**Der größte Finanzskandal in der Geschichte Hamburgs ist nicht etwa die Elbphilharmonie. Sondern die HSH Nordbank. Geschätzte 27 Milliarden Euro kostet der Absturz der Bank die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Die Milliardenpleite ist auch ein Lehrstück über den Kapitalismus**

Angeschlagene Pleitebank, mit Staatsgeldern notdürftig gerettet, billig abzugeben.“ So oder ähnlich müsste eigentlich eine Annonce aussehen, in der die HSH Nordbank zum Kauf angeboten würde. Doch

Genau. Gewinne privat abkassieren, Verluste auf die Allgemeinheit abladen: Anschaulicher als bei der HSH lässt sich das Prinzip des Kapitalismus kaum darstellen. Solange die Zeiten gut sind, verbitten sich die Bank-Chef\_innen staat-

gen Null entwickelt. Ein zweites Leck sind die “Garantien”. Hamburg und Schleswig-Holstein haben erklärt, für mögliche Verluste der Bank aufzukommen. 10 Milliarden Euro wurden dafür bereitgestellt. Dazu kommen 3 Milliarden Euro Eigenkapital, die ebenfalls aus Steuermitteln stammen. Doch das ist nicht alles. Gleich drei Gesellschaften wurden zur “Rettung” der HSH ins Leben gerufen, auch sie mit weiteren Geldern ausgestattet. Die HSH Finanzfonds AöR hat eine Kreditlinie in Höhe von 10 Milliarden erhalten, die HSH Portfoliomanagement AöR erhielt eine Kreditlinie über 4,9 Milliarden Euro zuzüglich möglicher Liquiditätshilfen über mindestens 1,1 Milliarden Euro. Für die HSH Beteiligungsgesellschaft mbH wurden Anlaufkosten im hohen zweistelligen Millionenbetrag fällig. Ende August verkündete Finanzsenator Peter Tschentscher via “Bild“-Zeitung, dass “noch weitere 4 Milliarden Euro maximal” dazukommen – ohne diese Summe zu präzisieren. Nach Schätzungen von Expert\_innen werden sich die Kosten alles in allem wohl auf 27 Milliarden Euro summieren. Legt man den Preis von 789 Millionen für die Elbphilharmonie zugrunde, so hätte man dafür 34 Konzerthäuser bauen können! Doch von der HSH wird der Stadt Hamburg am Ende nicht einmal ein schönes Gebäude bleiben.



Mit Schrottkrediten im Schiffahrtssektor und mit windigen, internationalen Spekulationsgeschäften verzockte sich die HSH Nordbank. Nun soll der Staat sie raushauen – mit Milliarden Garantien

wer würde sich darauf melden? In dem Zustand, wie sie jetzt ist, würde sie niemand mehr geschenkt nehmen.

Die HSH Nordbank, einst hervorgegangen aus den stolzen Landesbanken Hamburgs und Schleswig-Holsteins, ist ein Trümmerhaufen. Große Teile ihres Vermögens haben sich – bedingt durch Finanzmarktcrashs und Schiffahrtskrisen – quasi in Luft aufgelöst. Seit fast 10 Jahren wird das Gebilde mehr oder weniger künstlich am Leben erhalten. Das Institut, das einst mit Geld nur so um sich warf, hängt am Tropf des Staates.

Um das Kapitel irgendwie zu beenden und doch noch etwas Geld herauszuschlagen, muss die Bank nun verkauft werden. Dafür wird sie wahrscheinlich zweigeteilt: in eine “Kernbank”, die alle Bestandteile der HSH enthält, die noch etwas wert sind. Und in eine “Abbaubank”. Ihr gehören die faulen Kredite, die Schrottpapiere. Alles, was niemand haben will.

Welche dieser beiden Banken wird am Ende wohl einem solventen Investor gehören und für welche wird weiterhin der Staat haften, also wir alle?

liche Eingriffe. Provisionen fließen und die Manager\_innen bedienen sich mit Boni. Steckt der Karren aber im Dreck, wird nach dem Staat gerufen. Dann müssen wir alle für die Verluste aufkommen.

**1. Was kostet uns der HSH-Skandal?**

Gemessen an der Empörung, die das Elbphilharmonie-Debakel in Hamburg ausgelöst hat, ist es ganz schön still um die HSH Nordbank. Dabei ist der Schaden, den die Bank\_innen der Staatskasse bereits jetzt zugefügt haben, deutlich größer. Wie hoch er am Ende genau sein wird, ist schwer abzuschätzen, und der Finanzsenator tut alles, um das zu verschleiern. Denn es gibt gleich mehrere Lecks, die die HSH in die Staatskasse geschlagen hat, und sie sind unterschiedlich groß und unterschiedlich gut sichtbar. So hat die Stadt Hamburg der Bank im großen Stil Schrottkredite abgekauft. Wie genau sich deren Wert entwickelt, hängt von der Lage an den Finanzmärkten ab. Im Moment deutet alles darauf hin, dass sich ihr Wert ge-

**2. Wer trägt die Schuld an dem Debakel?**

Im Jahr 2003 entstand die HSH Nordbank durch die Fusion der staatlichen Hamburgischen Landesbank mit der schleswig-holsteinischen Landesbank. Die Bundesländer hatten sich für eine schnelle Privatisierung entschieden. Für dieses Ziel ließen sie der HSH freie Hand für internationale Spekulationsgeschäfte. Schon fünf Jahre später stand die Bank am Rande des Ruins und musste mit Staatsgeldern gerettet werden. Die Manager hatten z.B. Schiffskredite vergeben, deren Wert sich später



Norbert Hackbusch, finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE:

» Dieser Sumpf aus Kumpanei, Intransparenz und gegenseitigem Erkenntlichzeigen muss endlich ans Licht. Wir brauchen einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, um das alles aufzuarbeiten. «

quasi in Luft auflöste. Dennoch strichen sie noch auf dem Höhepunkt der Krise kräftige Bonus-Zahlungen ein. Und obwohl die Bank nachweislich in kriminelle Geschäfte und Steuerhinterziehung involviert war, wurden die hauptverantwortlichen ehemaligen Bankvorstände in einem aufsehenerregenden Prozess zunächst freigesprochen. Dass so vieles noch im Dunklen liegt, hat seine Ursache auch darin, dass CDU, FDP, SPD und Grüne allesamt in das Debakel verstrickt sind. In Hamburg war für die Umwandlung in die “international aufgestellte Geschäftsbank HSH” seinerzeit vor allem Finanzsenator Wolfgang Peiner (CDU) verantwortlich, der später Aufsichtsratsvorsitzender der HSH wurde. Die nachfolgenden, von CDU, Grünen und SPD gestellten Senate setzten den Kurs fort. Anstatt die Bank, die nach dem Crash eigentlich nicht mehr zu retten war, geordnet pleite gehen zu lassen, hielten sie das sterbende Monster mit Steuermitteln künstlich am Leben und machten das Desaster dadurch noch größer. Dabei gingen sie immer wieder den Verheißungen der Manager\_innen auf den Leim, alles werde wieder gut. Daran hat sich im Prinzip bis heute nichts geändert.

**3. Was läuft da eigentlich mit den Reedern?**

Bis zum Hals steckt die HSH Nordbank im Schlamm. Und scheint das Geld dennoch nur so zu verschenken. Im vergangenen Jahr erließ die HSH der Reederei H. Schuldt (Kortüm) Schulden in Höhe

von 547 Millionen Euro (deren Chef gönnte sich kurz darauf privat übrigens eine neue Luxus-Segelyacht). Kürzlich erließ die HSH dann auch noch dem Unternehmen Schoeller Holdings 680 Millionen Euro. Dass Gläubiger\_innen angeschlagenen Unternehmen Teile ihrer Schulden erlassen, um sie zu retten, ist erst

einmal nicht ungewöhnlich. Dass ein staatseigenes Unternehmen wie die HSH aber in großem Stil Steuermittel hergibt, stinkt zum Himmel. Vor allem der Deal mit Schoeller weckt ungute Erinnerungen. Im Jahr 2008, auf dem Gipfel der HSH-Krise, hatte eben dieser Schoeller nämlich 100.000 Euro an die CDU (Ers-

ter Bürgermeister in der Periode war Ole von Beust, sein Finanzsenator bis Ende 2006 war Wolfgang Peiner, der ab Anfang 2007 als Aufsichtsratsvorsitzender der HSH Nordbank fungierte. Zusätzlich war Peiner bis Ende 2006 Bundesschatzmeister der CDU). Zuvor hatte sein Unternehmen HSH-Kredite in dreistelliger

Millionenhöhe erhalten. Kredite, die nun teilweise erlassen wurden.

**DIE LINKE fordert einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der sich mit den nebulösen Vorgängen beschäftigt und endlich Aufklärung schafft**

## "DAS IST WICHTIG FÜR DIE DEMOKRATIE"

**Sie ist die Neue bei der LINKEN im Rathaus. Carola Ensslen, 56 Jahre alt, wird Abgeordnete der Linksfraktion. Wir haben sie nach ihrer politischen Herkunft, ihren Zielen und ihren Plänen gefragt**

**Backbord:** Dass Du jetzt Abgeordnete bist, kam ja etwas kurios zustande. Am 1. August hatte zunächst Zaklin Nastic den Sitz von Inge Hannemann übernommen. Dann wurde sie nur wenige Wochen später in den Bundestag gewählt.

**Ensslen:** Dass kam für mich tatsächlich unerwartet. Ich stand ja relativ weit hinten auf der Landesliste. Andererseits haben mich doch eine Menge Leute gewählt, für die ich mich auch verantwortlich fühle, und für die ich mich jetzt freue, in der Bürgerschaft Politik machen zu dürfen.

**Backbord:** Was hast Du Dir vorgenommen im Parlament?

**Ensslen:** Der Ausgang der Bundestagswahl macht mir große Sorgen. Alle demokratischen Kräfte müssen sich jetzt gegen den Rechtsruck wenden. Wir müssen an einem Strang ziehen. Es ist die besondere Aufgabe der LINKEN, die Rechtsverschiebung aufzuhalten. Bei aller Kritik an Scholz und Rot-Grün dürfen wir nicht vergessen: Der Feind steht rechts!

**Backbord:** Was bedeutet es für Dich, Nachfolgerin von Inge Hannemann zu sein?

**Ensslen:** Inges Erkrankung hat uns alle schockiert. Dass sie aus der Politik ausscheiden musste, ist ein großer Verlust für DIE LINKE. Sie ist ja ein prominentes Gesicht, das man in ganz Deutschland kennt. Und sie weiß alles über Hartz IV und dieses ganze schreckliche Sanktionssystem.

**Backbord:** Welches sind Deine politischen Ziele und Schwerpunkte?

**Ensslen:** Die Themen von Inge Hannemann sind auch meine Themen: Der Kampf gegen die menschenverachtende Agenda-Politik. Bei der LINKEN habe ich lange Sozialberatung gemacht und gesehen, wie Menschen mit Hartz IV schikaniert werden. Da steht oft sogar das Dach über dem Kopf in Frage. Darüber hinaus interessiere ich mich für linke Arbeitsmarkt-Konzepte. Wie könnte ein geförderter Beschäftigungssektor aussehen? Was kann DIE LINKE dazu beitragen, die Arbeitswelt gerechter zu gestalten und in Zeiten der Digitalisierung zu modernisieren? Wie kann die Integration von Menschen aus anderen EU-Ländern oder auch von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt gelingen? Da könnte einiges verbessert werden.



**Backbord:** Von Haus aus bist du Juristin.

**Ensslen:** Mein Schwerpunkt war lange Zeit Sozialdatenschutz. Ich habe mich zum Beispiel mit der Frage beschäftigt, welche Informationen die Jugendämter über Kinder und Jugendliche herausgeben dürfen. Ich habe beim ASB in Köln gearbeitet und bei der Bucerius Law School in Hamburg. Zuletzt habe ich mich als juristische Expertin der Linksfraktion mit der Aufarbeitung von G20 beschäftigt.

**Backbord:** Welche Erfahrungen hast du dabei gemacht?

**Ensslen:** Es ist extrem wichtig für die Demokratie, die Fehler aufzuklären, die bei G20 passiert sind. Durch die Verweigerungshaltung der SPD stoßen wir da aber leider immer wieder an unsere Grenzen. Nach wie vor meinen wir, dass es einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss geben muss!

**Backbord:** Vor gut drei Jahren bist Du von der SPD zur LINKEN gewechselt. Hast du diesen Schritt schon mal bereut?

**Ensslen:** Nein. Ich war 13 Jahre lang in der SPD und kenne die Partei speziell in Hamburg sehr gut. Die Gründe, die mich zu meinem Wechsel bewogen haben, bestehen ja nach wie vor. Olaf Scholz regiert die Partei immer noch von oben nach unten durch.

**Backbord:** Was ist anders bei der SPD als bei der LINKEN?

**Ensslen:** Die politischen Spielräume bei der LINKEN sind größer; die LINKE ist pluraler. Die SPD ist immer auf maximale Geschlossenheit aus. Das zeigt sich gerade wieder im Umgang mit der Kritik am G20-Gipfel in Hamburg.

**Backbord:** Wenn Du jetzt in die Bürgerschaft kommst, wirst Du dort auch auf SPD-Leute treffen, die Du von früher her kennst?

**Ensslen:** Oh ja! Milan Pein, der Vorsitzende des G20-Sonderausschusses, ist ein alter Weggefährte von mir, den kenne ich schon ganz lange. Wir waren im selben Ortsverein.

**Backbord:** Und? Wie ist das so?

**Ensslen:** Der Umgang ist eigentlich sehr fair. Da habe ich keinen Grund zur Klage.

### IMPRESSUM

Backbord – Zeitung der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft  
Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg • Telefon: 040 – 42831-2250

E-Mail: [info@linksfraktion.hamburg.de](mailto:info@linksfraktion.hamburg.de)  
Web: [www.linksfraktion-hamburg.de](http://www.linksfraktion-hamburg.de)  
Twitter: [twitter.com/linksfraktionhh](https://twitter.com/linksfraktionhh)  
Facebook: [fb.com/Fraktion.DIELINKE.Hamburg](https://fb.com/Fraktion.DIELINKE.Hamburg)  
Instagram: [instagram.com/linksfraktionhh](https://instagram.com/linksfraktionhh)

V.i.S.d.P.: Heike Sudmann • Rathausmarkt 1 • 20095 Hamburg

Gestaltung: Karin Desmarowitz • [www.karindesmarowitz.de](http://www.karindesmarowitz.de)

Fotos: Karin Desmarowitz (S.2-8: alle Abgeordnetenporträts, Seite 2: Pflegeheim, Seite 4: Parlamentarische Beobachter, Seite 6: Müllabfuhr, Seite 7: Miethaie) | Die Linke (Seite 4: Demo gegen Waffenexporte, Seite 7: NOlympia) | ankrabru/CC BY-NC 3.0 (Titel: Michel) | datenhamster.org/CC BY-NC 3.0 (Seite 6: Stadtrundfahrt) | pixabay (Seite 5: Schiffswrack)

**DIE LINKE.**  
Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft